[illegible] Nr. [illegible]

Schlesische Arbeiter-Zeitung

Organ der Kommunistischen Partei Deutschlands, Bezirk Schlesien (Sektion der Kommunistischen Internationale

[illegible]

Donnerstag, 20. Juli 1922

[illegible]

Die Krise ist beendet — das Proletariat zahlt die Kosten!

Aus Berlin wird uns geschrieben: Konnte man noch am 17. Juli schreiben, daß die USP. für ihren Verrat an den Forderungen der Arbeiterschaft den Preis eines Ministersessels ausgezahlt bekommt, so hat sich innerhalb von 24 Stunden die Situation insofern verändert, als die USP. nicht einmal diesen mageren Preis erhält. Wollte man boshaft sein, so könnte man sagen: sie verrät die Arbeiterschaft aus idealen Motiven. Daß es sich aber in Wirklichkeit um ganz andere Motive handelt, versteht sich aber von selbst.

Ueberblickt man nochmals die Vorgänge hinter den Kulissen während der Tage der Ermordung Rathenaus, so hat man die folgenden Phasen: Entrüstung und gewaltige Forschheit der SPD. und USP. bei einer unverbindlichen Besprechung, äußerste Zurückhaltung dagegen schon am Abend des 24. Juni im Reichstag, als Wirth seine Ausnahmeverordnung verliest. Da beide Fraktionen gemeinsam „Zurückhaltung üben“, so ist es klar, daß sie bereits gemeinsam beschlossen haben, den Versuch zu machen, mit einem gelinden Theaterdonner ganz in der Art der Komödie nach dem Erzbergermord davonzukommen. Die Erregung der Arbeiterschaft zwingt aber den ADGB. bereits auf dem Gewerkschaftskongreß, großzügigere Scheinmanöver einzuleiten: es beginnt die Kette der Demonstrationen, und da nicht einmal diese genügen kann, die Arbeiterschaft zu beruhigen, so sind die sozialdemokratischen Parteien und Gewerkschaften gezwungen, nicht nur mit den Kommunisten sich an einen Tisch zu setzen, um sie mundtot zu machen, sondern müssen eine Reihe von Forderungen aufstellen, die, mögen sie noch so ungenügend, zweischneidig und schief sein, doch bei der Erregung der Arbeiterschaft, sollen sie durchgesetzt werden, Klassenkampf gegen die Bourgeoisie bedeuten. Aber eben um diesem Klassenkampf auszuweichen, wird das Kampfgebiet ins Parlament gelegt, und auch dort nicht etwa ins Plenum, sondern in die verschwiegenen Ecken der Wandelgänge und Fraktionszimmer, in die Empfangsstube der Herren Wirth und Ebert, während in der Presse Stürme im Wasserglas toben. Die USP. meldet ihre Ansprüche auf einen Ministersessel an; wird ihr ein solcher gewährt, so will sie kuschen. Einige Tage lang wird verhandelt, die beiden Fraktionen der Sozialdemokraten bilden eine Arbeitsgemeinschaft, Herr Ebert rührt im Brei umher, die Krise ist beendet, der Reichstag wird das elendste und schändlichste Gesetz gegen die Arbeiterschaft annehmen, die USP. wird ihm zustimmen, und sie wird nicht einmal einen Ministersessel dafür bekommen.

Die USP. hat also den zweiten Fußtritt bekommen. Als die bürgerlichen Parteien allein sie zurückwiesen, schrieben sie stolz, die Regierung Wirth möge sich in acht nehmen; die USP. ließe sich nicht als quantité négligeable (zu deutsch: ein Häufchen Dreck) behandeln: sie würde die Regierung stürzen, und dann sei in drei Monaten der Bürgerkrieg da. Nun, sie stürzt die Regierung Wirth nicht, sie stützt die Regierung Wirth. Und statt des Bürgerkriegs in drei Monaten kündigt sie, nachdem die SPD. sie im verschwiegenen Kämmerlein breitgeschlagen hat, trotzdem sie, die revolutionäre USP., den zweiten Fußtritt bekommt, drei Monate Reichstagsferien an und dann — neuen Beginn des Kuhhandels. Das verlegene Gestammel der „Freiheit“, die sich jetzt als neunmalweise aufspielt und behauptet, daß sich jetzt der „proletarische Einfluß auf die Exekutive“ eben nicht herstellen ließe, und das sei „durch das Exempel als völlig unmöglich erwiesen“, ist das Gerede jenes Fuchses, dem die Trauben zu sauer sind; wenn in der Tat sich gezeigt hat, daß die Klassengegensätze, wie die „Freiheit“ betont, unüberbrückbar sind, so würde die wirkliche Konsequenz die sein, daß die USP. den Arbeitern offen sagen würde: Schluß mit der Koalitionspolitik, Ablehnung des reaktionären Schutzgesetzes, Kampf gegen die Stinnesregierung bis Wirth, und zwar Kampf mit allen Mitteln, wie es das Berliner Abkommen verspricht, wie es aber keine der sozialistischen Organisationen zu machen gedenkt. Statt dessen zieht die Redaktion der Dittmänner den umgekehrten Schluß. Und da die Redaktion der Dittmänner gleichzeitig die Leitung der USP. ist, so kann man sagen, die USP. zieht den Schluß, daß man gerade das Unmögliche unternehmen soll, nämlich für das Schutzgesetz stimmen, also die Regierung Wirth wieder einmal retten, den Reichstag in die Ferien schicken und nach drei Monaten, merkwürdigerweise ohne Furcht vor dem Bürgerkrieg, sehen, wie die Dinge sich dann machen.

Daß die SPD. jubiliert, versteht sich von selbst. Reichstagsauflösung?

„Will man einen großen Kampf von geschichtlicher Bedeutung wagen, so muß man Streitobjekt und Zeitpunkt richtig wählen. Wenn es heute gelingt, die Schutzgesetze in annehmbarer Form zu verabschieden (das ist die Form der Deutschen Volkspartei! D. Red.) und nur die Frage des Eintritts der Unabhängigen in die Regierung offen bleibt, dann sind Streitobjekt und Zeitpunkt für einen solchen Kampf nicht mehr gegeben,“ so schreibt der „Vorwärts“ und er hat recht: soll er sich in eine Wahlkampagne begeben um der schönen Augen der Unabhängigen willen? Die Leute machen's ja billiger; wozu also Unkosten, Aufregung und Risiko? Daß ein Risiko dabei ist, das weiß der „Vorwärts“ sehr gut:

„Es wird manchen geben, der mit dem vorläufigen Ausgang des Kampfes unzufrieden sein wird. Man wird nach taktischen Fehlern suchen, die begangen wurden, das schadet nichts, Kritik ist gesund.“

Der „Vorwärts“ versteht sehr gut, daß man die Arbeiterschaft in ihrer Kritik beschneiden muß, und er wirft ihnen eine Zuckerpille hin; die Reaktion ist zwar nicht geschlagen, „taktische Fehler“ — wir nennen's Verrat — sind begangen, aber

„wenn es gelingt, in Verfolg dieses Kampfes die Einigkeit wieder herzustellen, so ist das mehr wert, als ein Schock Gesetzesparagraphen und ein Dutzend Ministerportefeuilles.“

Ob es den sozialdemokratischen Führern gelingen wird, die „Kritik“ der erregten Arbeiter auf das Maß herabzudrücken, das sie zynisch als „gesund“ bezeichnen? In der USP. ist offene Rebellion ausgebrochen. Die Resolution der Frankfurter Bezirkskonferenz wendet sich scharf gegen die Machenschaften der Zentralinstanz und fordert die Arbeiter auf „festzuhalten an den in den schwersten Kampfjahren der Vergangenheit erprobten Grundsätzen“. Diese Grundsätze fassen die Frankfurter auf als revolutionäre Grundsätze; sie fordern die Einigung aller Arbeiterparteien, einschließlich der KPD. auf dem Boden des proletarischen Klassenkampfes. Wir verstehen, daß angesichts solcher Stimmungen, die bei allen ehrlichen USP.-Arbeitern vorhanden sein müssen, die Hilfferding- und Breitscheid-Leute, die die Partei tatsächlich führen, es sich haben überlegen müssen, ob sie ihr freches Spiel mit der Dreistigkeit weiter treiben wollen wie bisher. Aber allen ehrlichen USP.-Arbeitern sei es mit allem Nachdruck gesagt, daß es vollkommen gleichgültig ist, ob Hilfferding jetzt in die Regierung eintritt oder nicht, wenn die Reichstagsfraktion der USP. die Regierung Wirth durch die Annahme des Schutzgesetzes stützt und wenn die unabhängigen Gewerkschaftsführer außerparlamentarische Aktionen einfach unterdrücken.

Was wollen die unabhängigen Arbeiter, was wollen die Frankfurter Führer, was will Dißmann, was will Toni Sender, was wollen Ledebour, was will Rosenfeld unternehmen, um ihre Partei auf den Weg zu zwingen, der der Weg des Klassenkampfes, nicht der Stinneskoalition ist?

Eine Antwort steht bis heute aus. Dagegen jubelt die gesamte Presse, von den Deutschnationalen bis zur USP.: die Krise ist beendet.

Und die Kosten zahlt das Proletariat.

Die geschichtliche Sendung der Sozialdemokratie.

I.

„Vorwärts“ und „Freiheit“ jubilieren: die Einheitsfront ist da! Der „Vorwärts“, als Organ abgefeimter Journalisten, fand diese Sprache an demselben Tage, an dem die Meldung vom Selbstmord der USP. in die Presse gegeben wurde. Die „Freiheit“, das Organ der federkauenden Redaktionsanfänger, hatte für zwei Tage die Sprache verloren. Erst am Sonntag begriff sie, was sie zu sagen hat, und sie hub an, das wiederzukauen, was der „Vorwärts“ schon verarbeitet hatte. Zwei Dinge müssen „Vorwärts“ und „Freiheit“, das heißt die amtlichen Sprachrohre der jeweiligen Parteien, zustande bringen, einmal, den Arbeitern die Illusion eintrichtern, als ob durch den parlamentarischen Zusammenschluß, dem der organisatorische natürlich sehr bald folgen wird, eine Kampffront der Arbeiterschaft gegen die Bourgeoisie errichtet sei. Beide Redaktionen rechnen dabei auf eine Dummheit, die es kaum unter Arbeitern geben kann. Denn da gleichzeitig die Koalition mit den reaktionären Parteien der Demokratie und des Zentrums nicht nur aufrecht erhalten bleiben soll, sondern sogar durch eine „Persönlichkeit aus der Stinnespartei erweitert werden soll, so wird es keinen Menschen in der Welt geben, der diese „Kampffront“ auf dem Parkett des Reichstages ernst nimmt. Zum anderen aber müssen die beiden sozialdemokratischen Parteien der Arbeiterschaft mit Trompetengetön verkünden, die KPD. habe die „Einheitsfront“ gesprengt, wobei sie unter Einheitsfront verstehen: die Einheitsfront der Dunkelkammer zum Betruge der Arbeiter.

II.

Wie wird die Verschmelzung der beiden Parteien wirken?

Hier ist es gut, die Stimmen zweier früherer Sozialdemokraten zu hören, die es wahrhaftig wissen müssen, „wie es gemacht wird“, und „wozu es gemacht wird“.

Während die sozialdemokratischen Führer den Arbeitern einreden wollen, jener Hilfferding oder Breitscheid, der das Kabinett der Persönlichkeit zieren soll, würde sozusagen ein Schirm- und Schutzschild des Proletariats und der Republik werden, sagt uns Herr Georg Bernhard, der weiland in der SPD. Radikalismus markierte, etwas ganz anderes. Er kanzelt die törichten bürgerlichen Politiker ab, die sich gegen den Eintritt der USP. in die Regierung wehren, und zwar mit folgender Begründung:

„Die Mehrheitssozialdemokratie hat ihre bereits gefährdete Führung über die gewerkschaftlich und politisch-sozialistisch organisierten Arbeiterbataillone zurückgewonnen. Die Unabhängige Sozialdemokratie hat energisch einen Strich gegen die Kommunisten gezogen, und hat sich bereit erklärt, eine Regierung zu unterstützen, die sie bisher in vielen Punkten bekämpft hat. **Es ist richtig, daß der Eintritt unabhängiger Minister ins Kabinett das Ministerium radikalisiert erscheinen ließe.** Aber es ist ebenso richtig, daß das eine Endradikalisierung der Gesamtverhältnisse bedeutet ... Von diesem letzten Standpunkt aus kann nicht unbemerkt bleiben, welche Bedeutung es für die Gewerkschaften hat, wenn die Mitglieder ihrer beiden sozialistischen Richtungen nicht mehr agitatorisch gegeneinander beeinflußt werden, sondern aus demselben politischen Lager ihre Weisungen empfangen.“

Die Rolle der USP. ist damit ganz richtig charakterisiert: wie die Noske-Partei im Januar 1919 und vorher schon im November 1918 mit der USP. im Schlepptau die Rettung der deutschen Bourgeoisie auf sich nahm, so übernimmt die USP. heute in einer äußerlich weniger aufgeregten, in Wirklichkeit aber viel zugespitzteren Situation, dieselbe Rolle des Retters der Bourgeoisie, und die Gewerkschaften sollen das Bollwerk werden, das gegen den Ansturm aus der Tiefe für die Koalitionsgenossen, das heißt die gesamte Bourgeoisie von SPD. und USP., kurz von der Sozialdemokratie befestigt wird.

III.

Herr Paul Lensch, S. M. des Herrn Stinnes allereifrigster Tintenkuli, einstmals einer der Führer der linken Opposition in der SPD., äußert sich ebenfalls darüber, wie man die „Opposition“ (allerdings eine sehr loyale, zahme, zahnlose Opposition) zu behandeln hat.

„Die Großmäuler gehören aufs Rathaus“, so formuliert er sehr glücklich.

„Es gibt keine sicherer und schneller wirkende Methode, die ewigen Besserwisser zum Schweigen zu bringen, als der Zwang zur positiven Arbeit ... Wenn jetzt die USP. sich zur Mitarbeit bereit erklärt, so hat sie damit einen Schritt getan, der ihr als Partei nicht leicht gefallen sein kann, und der sicherlich in ihren eigenen Reihen auf erbitterten Widerstand gestoßen ist. Denn im Grunde gibt die Partei damit den letzten Schimmer ihrer schon längst fragwürdigen Existenzberechtigung auf ... Tritt die USP. wirklich in das Kabinett ein, so übernimmt sie damit, mag sie noch so viel Vorbehalte machen, die Verantwortung mit für die Reichspolitik.“

Stadtbibliothek
[illegible]

[illegible]

„[illegible] wie [illegible] der in absoluter Opposition stehende Flügel der Arbeiterbewegung ist. Jedenfalls haben wir gar kein Interesse daran, durch eine fragwürdige parlamentarische Politik den Radikalisierungsprozeß der deutschen Arbeiterwelt zu verstärken."

Der Stinnes-Journalist sagt es sehr offen: Stinnes und die Seinen kommen nicht mehr aus, mit der SPD. allein gegen das Proletariat zu wirtschaften, sie kaufen sich auch noch die USP. — durch einen einzigen Ministersessel.

IV.

Jedoch vielleicht sind die Herren von der USP., die für das Ministerium präsentiert werden, so gewaltige Recken, daß sie die ganze Politik beeinflussen werden? Hier können wir wieder Herrn Lensch zitieren:

„Dazu kommt noch, daß die in Betracht kommenden unabhängigen Politiker, Breitscheid und Hilferding, aber einer von ihnen, wirklich nicht die Persönlichkeiten sind, um irgendwelchen besonderen Einfluß auf die Gesamtpolitik des Kabinetts auszuüben."

Diesem Urteil müssen wir uns anschließen. Der Kreislauf der USP. ist beendet: entstanden als unklare, weiß pazifistische Gruppe während des Krieges, während der Revolution die Partei nicht nur der ewigen Halbheit, sondern auch des offenen Verrats (Chausseestraßen-Schießerei, 24. Dezember in der Koalition mit Scheidemann, Nationalversammlung statt Räterepublik, Verankerung der Räte, bedingungslose Unterzeichnung des Versailler Vertrages, Erfüllungspolitik, Getreideumlage und Umsatzsteuer), endet sie mit dem schmählichsten Verrat, mit dem Uebertritt zur Stinneskoalition in demselben Augenblick, in welchem die Arbeitermassen erwachen und begreifen, daß nur der entschlossene Kampf gegen die Bourgeoisie nicht die Republik, sondern das Proletariat retten kann.

Löst sich das Proletariat nicht von der sozialdemokratischen Führung, so ist das Schicksal der deutschen Revolution für lange Zeit besiegelt. Die 180 sozialdemokratischen Mandate im Reichstag sind 180 Mandate zur Verstärkung des Stinnes. Der Sieger im Kampfe, derjenige, zu dessen Nutz und Frommen all die Demonstrationen der letzten drei Wochen dienten, ist Stinnes. Hinter Stinnes lauert die Monarchie. Hinter Stinnes braucht nicht zu lauern die Reaktion: sie ist schon da und wird geschützt von 180 Sozialdemokraten im Reichstag und von allen Gewerkschaftsführern außerhalb. Das deutsche Proletariat aber hat eine Schlacht verloren, und will es nicht den ganzen Feldzug verlieren, so muß es sich neu formieren.

„Nieder mit den Aktionsausschüssen der Arbeiter — es lebe die bürgerliche Koalition!"

Nachdem der mit unglaublich radikal anmutender Empörung angekündigte „Kampf gegen die Reaktion" für die sozialdemokratischen Führer beider Parteien durch ihren rein parlamentarischen Kuhhandel mit dem Bürgertum glücklich beendet ist, müssen natürlich auch die SPD.- und USP.-Arbeiter zurückgepfiffen werden, die sich mit den bösen kommunistischen Arbeitern in eine Aktionsgemeinschaft gegen die Reaktion begeben haben.

Erst kürzlich warnte der „Vorwärts" vor der „kommunistischen Mache der Kontroll- und Aktionsausschüsse".

Jetzt veröffentlicht er einen Befehl von oben herab, von dem Vorstand der sozialdemokratischen Bezirksorganisation Groß-Berlin, wonach in irgendwelchen Aktionsausschüssen sitzende SPD.-Arbeiter diese sofort zu verlassen haben. Insbesondere gilt dieses Kommando für diejenigen sozialdemokratischen Arbeiter, die im 12. Kreis von Berlin einem Aktionsausschuß aller drei Parteien angehören.

Es genügt, diese nackten Tatsachen festzustellen, um den Arbeitern der SPD. bereits gezeigt zu haben: Unter Einheitsfront verstehen sozialdemokratische Führer regelmäßig die Einheit der bürgerlichen Koalition. Wo eine proletarische Einheitsfront von unten auf aus unmittelbarer Kampfesnotwendigkeit sich zu bilden beginnt, da wird der Bannfluch geschleudert gegen die ketzerischen Arbeiter, die an die alleinseligmachende Koalitionspolitik mit der Bourgeoisie nicht mehr glauben wollen.

Was vom Berliner Abkommen übrig blieb.

Zur Verteidigung der Republik und der Grundrechte der Arbeiterschaft hatten ADGB., Afa und die drei politischen Arbeiter-Parteien bekanntlich Forderungen aufgestellt, von denen ein großer Teil nicht verwirklicht wurde, während der andere von seiner ursprünglichen Tendenz in die Gegenrichtung umgebogen wurde. Das Gesetz zum Schutze der Republik sollte enthalten:

Sofortiges Verbot und strenge Bestrafung jeder monarchistischen und antirepublikanischen Agitation in Wort, Schrift und Bild. Das wurde abgelehnt, in Bayern agitieren sogar die Minister für die Monarchie, und in den Amtsstuben hängen die Bilder von Wilhelm, Hindenburg, Ludendorff usw.

Bestrafung derjenigen wurde verlangt, die Angriffe auf die Republik verherrlichen, belohnen oder begünstigen. Das wurde abgelehnt, wie auch das Verbot und die sofortige Auflösung aller monarchistischen und antirepublikanischen Verbindungen. Diese Organisationen erheben heute dreister und frecher als je ihr Haupt. Daß nur Mordkomplotte bestraft werden sollen, wird das sich im Schoße des „Bürgerblocks" vorbereitende Attentat keineswegs verhindern.

Abgelehnt wurde auch das Verbot der monarchistischen Farben und Fahnen und die Beseitigung der monarchistischen Embleme in den öffentlichen Gebäuden und Anstalten. So wird denn immer noch im Zeichen Wilhelms die Hohenzollernlegende gepflegt und das alte Recht gesprochen.

Mit der Säuberung der Regierungsstellen und Behörden, der Gerichte und Reichswehr von allen monarchistischen und antirepublikanischen Elementen kann auf Grund einer lediglich formalen Bestimmung überhaupt nicht ernstlich durchgegriffen werden, und es ist und wird in dieser Hinsicht an den bestehenden Zuständen nichts geändert.

[illegible]

Der Kontrollausschuß Gotha beschloß in seiner Sitzung vom Sonnabend, den 15. Juli, einstimmig, folgendes Telegramm an den ADGB. zu senden:

„Allgemeiner Deutscher Gewerkschaftsbund Berlin.

Kontrollausschuß Gotha verlangt [illegible] und Proklamierung Generalstreiks zur Durchführung Berliner Abkommens. Allen Spitzenorganisationen übermitteln."

Dieser Beschluß zeigt, daß der Kontrollausschuß und die in ihm vertretenen Gothaer Organisationen sich ihrer Pflicht bewußt sind, die Situation erkannt haben und wissen, um was es geht.

Alle Kontrollausschüsse und Arbeiterorganisationen müssen nun ebenso wie der Kontrollausschuß Gotha sofort Stellung nehmen!

Das Verbot des Waffentragens außerhalb des Dienstes, die Untersagung weiterer Ernennungen von Reserveoffizieren ist von der Regierung überhaupt nicht erst gefordert worden.

Der außerordentliche Gerichtshof wird statt eines Richters drei Reichsgerichtsräte als Gegengewicht gegen die Laienbeisitzer in sich haben. Die Uebertragung der Anklageerhebung an einen republikanischen Reichskommissar wurde abgelehnt und die neu zu schaffende Reichskriminalpolizei wird ihre Spitze statt gegen Bayern offensichtlich gegen links richten. [illegible] geforderten Verhaftung solcher Personen, die gegen Gesetze zum Schutz der Republik verstoßen, [illegible] geht schon daraus hervor, daß sie überhaupt nicht legislativ gefordert wurde, daß Helfferich wieder öffentlich reden darf und Ludendorff, Ehrhardt und andere Consul-Leute frei herumlaufen und gegen die Republik losgelassen sind.

Bestimmungen über Beschlagnahme und Einziehung des Vermögens der Verurteilten, sowie über Einziehung von Pensionen und Bezügen sind bei dem Gesetz überhaupt nicht gefordert worden und seine Geltungsdauer ist statt auf zwei Jahre auf fünf Jahre bemessen. Auch darin ist eine Analogie mit dem Sozialistengesetz nicht zu verkennen. — Und nun gar die Spottgeburt von Amnestie. So sieht der Erfolg der Aktion aus, den die Instanzen zur Verteidigung der Republik und der Grundrechte der Arbeiterschaft unternommen haben. Es wäre jämmerlich, wenn es so bliebe. Aber es gibt noch einen Druck der Massen von unten auf!

Arbeiterschutzwehr.

In einer Sitzung des Gewerkschaftskartells und der drei Arbeiterparteien in Senftenberg (Niederlausitz) wurde die Arbeiterwehr, die sich anläßlich der Ueberfälle und der Demonstrationen beim Rathenau-Mord gebildet hatte, als dauernde Organisation festgelegt und Richtlinien für die Arbeiten beschlossen. Eine Betriebsräte-Vollversammlung des Senftenberger Kohlengebietes wurde einberufen unter Hinzuziehung der Vertreter der Landarbeiterschaft, um sich mit der Feststellung und Beseitigung der reaktionären Treibereien auf Grund des Berliner Abkommens zu beschäftigen, und den Kampf gegen den Lebensmittelwucher zu organisieren.

In den Richtlinien der Arbeiterschutzwehr heißt es: Jeder Gewerkschaftskartellbezirk bildet für sich eine selbständige Arbeiterschutzwehr. Die einzelnen organisierten Arbeiterschutzwehren haben ihre eigenen Wehrleitungen. Jede Wehrleitung ist dem zuständigen Kontrollausschuß unterstellt. Monarchistische Bestrebungen sind mit allen Mitteln zu verhindern. Für das gesamte Senftenberger Industriegebiet wird ein gemeinsamer Arbeiterschutzwehrverband mit dem Sitz in Senftenberg gebildet, dem die angrenzenden Arbeiterschutzwehren angeschlossen sind. Die Wehrleitungen sowie die Zentralleitung werden alljährlich durch die zuständigen Kontrollausschüsse neu gewählt. Die einzelnen Arbeiterschutzwehren sind verpflichtet, sich gegenseitig im Bedarfsfalle zu unterstützen. Mitglied der organisierten Arbeiterschutzwehr kann jeder zuverlässige Arbeiter werden, der mindestens zwei Jahre freigewerk-

Auf dem Boden des Klassenkampfes!

Auf der unabhängigen Bezirkskonferenz für Südwestdeutschland, die Sonntag in Frankfurt getagt hat, ist nachstehende Resolution Dißmann angenommen worden:

Die Bezirkskonferenz hält fest an dem im Manifest des letzten Parteitages der USPD. erneut zum Ausdruck gebrachten Beschluß, daß der Klassenkampf geführt werden muß frei von jeglicher Regierungskoalition mit bürgerlichen Parteien und nur eine solche Politik den baldigen Zusammenschluß aller Arbeiterparteien für den siegreichen Endkampf des Proletariats ermöglicht. Die Bezirkskonferenz spricht der Reichskonferenz das Recht ab, Entscheidungen zu treffen, die im Widerspruch stehen mit den Beschlüssen des Parteitages. Sie bedauert die getroffene Entscheidung und insbesondere die Ablehnung des Antrages zum Eintritt in die Regierung, neben den Maßnahmen zum Schutze der Republik, die sozialpolitischen Forderungen des Leipziger Manifestes, die 10 Forderungen des ADGB. und der Afa, die Zurückziehung der Zwangsschlichtungsordnung und des den Achtstundentag durchbrechenden Arbeitszeitgesetzes als Minimalprogramm aufzustellen.

Erkennend, daß der Mehrheitsbeschluß der Reichskonferenz der USPD. und der Beschluß der Reichstagsfraktion, eine Arbeitsgemeinschaft mit der SPD. zu bilden, in seiner Konsequenz in kürzester Zeit zu einem Aufgehen in die SPD. führt, fordert die Bezirkskonferenz der USPD. des Bezirks Südwestdeutschland die Parteigenossen im Bezirk wie im Lande auf, getreu unserer Parteitagsbeschlüsse und getragen von den im Weltkrieg und in den Jahren nach der Revolution gemachten Erfahrungen festzuhalten an den in den schwersten Kampfjahren der Vergangenheit erprobten Grundsätzen. Diesen revolutionären Grundsätzen überzeugenden Ausdruck zu verleihen, im Kampf gegen die Klassengegner nicht zu erlahmen und in unermüdlicher Arbeit dahin zu streben, eine Einigung aller Arbeiterparteien, einschließlich der KPD., auf dem Boden des proletarischen Klassenkampfes herbeizuführen.

[illegible]

Die deutschnationale Mörderpartei.

[illegible]

Und da haben die Deutschnationalen noch die Stirn, sich über die Bezeichnung „Mörderpartei" zu entrüsten.

Großer Waffenfund in Potsdam.

Dum-Dum-Geschosse als Regimentseigentum.

Sozialdemokratische Arbeiter, die in Potsdam beobachtet hatten, daß aus der früheren Garde du Corps-Kaserne [illegible] in später Abendstunde Waffen und Ausrüstungsgegenstände an unbekannter Stelle befördert wurden, obgleich [illegible] die Kaserne vom Militär frei und dem Finanzamt übergeben [illegible], fanden in der verlassenen und offenstehenden Kaserne Teile von Gewehren und Maschinengewehren, 200 scharfe Handgranaten, Infanteriegeschosse, darunter Dum-Dum-Geschosse, 1000 [illegible], 1000 Seitengewehre, 2000 Kochgeschirre, 600 meist mit Hakenkreuz versehene Stahlhelme u. a. m. Die Arbeiter meldeten der Polizei diesen Fund, die ihn auch beschlagnahmte und der Treuhandgesellschaft übergab, trotz des Einspruchs eines dazugekommenen Offiziers des Inf.-Reg. Nr. 9, der die beschlagnahmten Gegenstände für Eigentum des Regiments erklärte (!) [illegible]

Wir warten darauf, daß man die Arbeiter, wie das in solchen Fällen jetzt üblich ist, wegen „Landesverrats" vor Gericht stellt, vielleicht vor den Staatsgerichtshof „Zum Schutze der Republik".

Die Komödie der Schutzgesetzgebung.

Rede des Genossen Koenen in der Reichstagssitzung vom 17. Juli.

Drei Wochen nach dem Rathenaumord erklärt hier ein Redner nach dem anderen, daß dieses Gesetz mit diesem Mord nichts zu tun habe. Das ist kennzeichnend für die Situation. Ebenso kennzeichnend ist, daß Helfferich, einer der Gönner der Mordbanden, bereits wieder ruhig im Reichstag sprechen kann. (Zuruf Helfferichs: Das ist eine Unverschämtheit. Koenen: Die Unverschämtheit ist, daß Sie hier zu sprechen wagen.) Das Gesetz mußte kommen, um den Mordbanden ihr unterirdisches Treiben unmöglich zu machen. Zur Erreichung dieses Zweckes haben wir folgenden Antrag eingebracht:

Abänderungs-Anträge

zur zweiten Beratung des Entwurfs eines Gesetzes über die Errichtung eines Reichspolizeiamts und von Landeskriminalpolizeibehörden.

Der Reichstag wolle beschließen:

Den § 1 wie folgt zu fassen:

„Zur Ueberwachung der gegen die republikanische Staatsform gerichteten monarchistisch-militärischen Bestrebungen und zur Verhütung und Verfolgung von im Zusammenhang mit solchen Bestrebungen stehenden Straftaten im ganzen Reichsgebiet wird ein Reichspolizeiamt eingerichtet.

Das Reichspolizeiamt hat seinen Sitz in Berlin und wird dem Reichsminister des Innern unterstellt. Mit der Leitung des Reichspolizeiamtes wird ein Kommissar beauftragt, der nach Vorschlägen des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes, der Arbeitsgemeinschaft freier Angestelltenverbände und dem Allgemeinen Deutschen Beamtenbund vom Reichspräsidenten ernannt wird. Die Dienstanweisungen für das Reichspolizeiamt erläßt der Reichsminister des Innern im Einvernehmen mit einem Ausschuß des Reichstages.

Im Reichspolizeiamt dürfen nur Personen von zuverlässiger republikanischer Gesinnung beschäftigt werden. Personen, die sich nach dem 9. November 1918 an monarchistisch-militaristischen Bestrebungen beteiligt haben oder der Begünstigung solcher Bestrebungen verdächtig sind, sind von der Beschäftigung im Reichspolizeiamt ausgeschlossen."

Zum § 2 einen dritten Absatz mit folgender Fassung hinzuzufügen:

„Als Vollzugsorgane dürfen nur Personen von zuverlässiger republikanischer Gesinnung beschäftigt werden. Personen, die sich nach dem 9. November 1918 an monarchistisch-militaristischen Bestrebungen beteiligt haben oder der Begünstigung solcher Bestrebungen verdächtig sind, sind von der Beschäftigung in den Landeskriminalpolizeiämtern und Landeskriminalpolizeistellen ausgeschlossen."

Wir wollen, daß das Gesetz sich eindeutig gegen die republikanische Staatsform gefährdenden monarchistisch-militaristischen Bestrebungen wendet. Im Gesetz selbst steht kein Wort mehr davon. Nur unter dieser Bedingung könnten wir dem Gesetz zustimmen. Die Reichskriminalpolizei muß zuverlässig republikanisch sein. Die Gönner und Freunde der Mordbanden müssen davon unbedingt ausgeschlossen sein. Ebenso alle die, die sich nach dem Kriege konterrevolutionär betätigt haben, den Deutschnationalen oder Deutschen Volksparteilern angehören und monarchistisch gesinnt sind. Die organisierte Arbeiterschaft fordert das

Verbot jeder monarchistischen und antirepublikanischen Agitation

und strenge Bestrafung dieser. Dazu ist eine Reichsexekutive notwendig. Es sind keine Anordnungen zur sofortigen Verhaftung der Verdächtigen erfolgt. Deshalb sitzen noch eine ganze Anzahl Mitschuldige im Reichstag. Das Gesetz verwirklicht nicht die Forderungen der Arbeitermassen, die in unzähligen Zuschriften ihre restlose Verwirklichung verlangen. Das Gesetz ist ein

schlechtes Kompromiß mit den Monarchisten

aus der Deutschen Volkspartei und der bayerischen Reaktion. Einem solchen Kompromiß können wir nicht zustimmen. Die monarchistische Abgrenzung ist [illegible] notwendiger als je. Die Vorlage wurde im Ausschuß noch weiter verschlechtert, um Bayern entgegenzukommen. Es wird kein allgemeines Reichspolizeiamt geschaffen, sondern nur ein Reichskriminalpolizeiamt. Das Gesetz beschränkt sich auf die Bekämpfung des Verbrechertums. In Bayern werden die monarchistischen Mörder nicht als Verbrecher angesehen. Abg. Leicht hat dieses soeben noch unterstrichen. Bayern unterhält enge Beziehungen mit Horthy-Ungarn und ausländischen Mordkonzernen. Aus diesem Grunde wurde die Reichsexekutive verwässert und verbogen. Bayern wird von uns kritisiert, weil dort Behörden die Mörder und Mörderorganisationen schützen und begünstigen." Unser Kampf gilt der bayerischen Reaktion, nicht dem bayerischen Volke. Unsere Entschließung über die Abteilung 1a [illegible]

[illegible]

[illegible] kratische [illegible] in Preußen sind auf diesem [illegible] Polizeipräsident Krüger erklärte [illegible] Beamter Deutschnational oder Kommunist [illegible] lesen dürfe.

Der [illegible], daß die Sozialdemokraten nur deshalb [illegible] Kontrollausschüsse eingetreten seien, um zu verhindern, daß diese Dummheiten machen könnten. Gleichzeitig [illegible] er [illegible] Beteiligung daran. Das ist

ein offenkundiger politischer Angriff auf die Kommunisten und gleichzeitig eine Denunziation.

Die Kriminalpolizei wird alle Kontrollmaßnahmen der Arbeiter der letzten Zeit als eine Arbeit nachprüfen. Wir werden die Folgen merken. Einen Vorgeschmack haben bereits die Vorgänge in Darmstadt und Marienburg. Gegen Arbeiter ist man immer zur Massenhaft bereit. Wir verstehen die Freude des Herrn von [illegible] über dieses Gesetz. Das erklärt jedem Arbeiter unzweideutig seine Tendenz. Es ist ein sehr gutes Barometer für seinen Inhalt und das beste Zeugnis für seine Arbeiterfeindlichkeit. Diesem Polizeigesetz können wir nicht zustimmen, um so weniger, als keinerlei Gewähr gegeben ist, daß es nicht von reaktionären Beamten ausgeübt wird. Es wird antisozial gegen alle armen Teufel Anwendung finden. Wir hoffen, daß die Mehrheitsparteien wenigstens unsere Abänderungsanträge annehmen werden, die, ich wiederhole, rein demokratisch-republikanische Anträge sind, die unserem Berliner Abkommen entsprechen. Werden unsere Sicherungen abgelehnt, so wird das Gesetz [illegible]

ein Gesetz gegen Arbeiter,

das in der Praxis verschwinden muß.

Die Anträge der Kommunisten werden abgelehnt. Auch die USPD. stimmt nur dagegen.

Das Gesetz wird nach den Ausschußbeschlüssen gegen die Stimmen der Kommunisten angenommen.

Am 18. wird das Gesetz in dritter Lesung angenommen und der Reichstag vertagt sich bis zum Oktober.

Die Betriebsräte des mitteldeutschen Bergbaues stehen Gewehr bei Fuß.

[illegible]

[illegible] Konferenz die Zechenbesitzer zum Nachgeben zwang und dadurch eine Lohnerhöhung eintrat, die sonst die Bergarbeiter nicht erwartet hätten.

Im Ruhrgebiet sind die dunklen Wolken vorläufig verflogen und die dortigen Bergarbeiter haben mit 373 gegen 16 Stimmen das Verhandlungsergebnis angenommen. Auch einige Verbesserungen in den Arbeitsbedingungen wurden erzielt. Liest man die offiziellen Berichte, so muß man den Eindruck gewinnen, daß die Bergarbeiter im Ruhrgebiet und Mitteldeutschland vollständig zufriedengestellt sind. Das Gegenteil ist richtig. Die rasende Teuerung hebt jede Lohnerhöhung sofort auf, die Rechte der Betriebsräte sind ungenügend. Die Bergarbeiter wollen die Aufhebung der Arbeitsgemeinschaft, und vor allen Dingen verlangen sie die einheitliche Kampffront aller Bergarbeiter Deutschlands. Die Bergarbeiterkonferenz in Hannover ist nach wie vor eine unbedingte Notwendigkeit. Hiervon gehen die Bergarbeiter Mitteldeutschlands nicht ab. Sie protestieren gegen die Behauptung des Vorstandes vom BAV., Zersplitterungspolitik zu treiben, und verlangen vom Verbandsvorstand, daß er diese Reichskonferenz einberuft und die Führung des Kampfes aller Bergarbeiter für bessere Lohn- und Arbeitsbedingungen übernimmt.

An der nun folgenden Diskussion beteiligten sich eine große Anzahl Betriebsobleute, die die Stimmung der Belegschaften wiedergaben. Immer wieder kam zum Ausdruck, daß die letzte Lohnerhöhung nur durch den Druck der Leipziger Konferenz möglich war. Alle verurteilten die Gegenaufrufe des Bergarbeiter-Verbandes und die Weigerung der SPD.- und USPD.-Presse, die Aufrufe des Zentralrates zu veröffentlichen. Freudig haben die Bergarbeiter große Mittel aufgebracht, um die Konferenz in Hannover zu finanzieren, auf deren Stattfinden sie nach wie vor bestehen. Mehrere Redner wiesen auf die Notwendigkeit hin, für den Ausbau des Bergarbeiter-Verbandes zu agitieren und jede Austrittsbewegung entschieden zu bekämpfen.

[illegible]

Die Konferenz stellt fest, daß die [illegible] der Betriebsräte und Vertrauensleute [illegible], die den Vorschlag des [illegible] für die Konferenz der Betriebsräte Mitteldeutschlands in Leipzig bewirkt hat, daß der Verbandsvorstand [illegible] wurde, dem Unternehmertum einige weitergehende Zugeständnisse abzuringen. Das kommt zum Ausdruck in dem Lohnabkommen in Mitteldeutschland und Ruhrgebiet.

Die Konferenz hält die Verbesserungen keineswegs für genügend. Die Teuerungswelle steigt so ungeheuer, daß die Zulagen längst überholt sind. Die Konferenz protestiert besonders dagegen, daß bei den Verhandlungen im Ruhrgebiet nicht die Rechte der Betriebsräte gesichert wurden.

Die Bergarbeiter Mitteldeutschlands erklären sich nach wie vor bereit, den Kampf um eine wirkliche Verbesserung ihrer Lage mit allen Kräften zu fordern. Sie fordern darum erneut eine Reichskonferenz der Betriebsräte für ganz Deutschland, um den Kampf einheitlich auf der ganzen Linie zu führen. Als Grundlage für diese Konferenz müssen gelten: Die Beschlüsse von Luckenau, Leipzig, sowie die Entschließungen der Belegschaften.

Die Konferenz richtet an die Spitzenorganisationen die dringende Aufforderung, unverzüglich eine Reichskonferenz der Bergarbeiter einzuberufen, zu welcher die Delegierten von den Belegschaften neu gewählt werden müssen.

Von den Kollegen im ganzen Reiche erwartet die Konferenz, daß sie sich diesem Vorschlage anschließen.

Nehmen die Spitzenorganisationen eine ablehnende Stellung zur Einberufung der Reichskonferenz ein, so beauftragt die Konferenz den provisorischen Zentralrat im Einverständnis mit den Kollegen im ganzen Reiche eine Reichskonferenz einzuberufen.

Die Spitzenorganisationen werden aufgefordert, bis zum 1. August 1922 ihre Stellungnahme dem Vorsitzenden des Zentralrates, Genossen Schröter, mitzuteilen."

Schlesische Rundschau.

Die Reaktion in Schlesien.

Wie die Reaktionäre in Schlesien sich im Proletariermorden und zum Kampfe gegen die Reaktion geübt haben, geht aus folgender Zuschrift der Pressestelle Schlesien beim Oberpräsidium klar hervor:

Die Auflösung des Hochschulringes deutscher Art.

Die Auflösung des Hochschulringes deutscher Art an der Breslauer Universität ist erfolgt, weil er zur Teilnahme an einer militärischen Geheimorganisation aufgefordert hat. Die Ermittlungen haben ergeben, daß im Glatzer Bergland vom Herbst vorigen Jahres bis zum Sommer d. J. wiederholt militärische Uebungen einer Organisation stattgefunden haben, deren Leitung in den Händen der Studenten Heinrich und Dietrich v. Zedlitz und Neukirch lag. Als weitere Führer haben die Studenten Friedrich und Ulrich Koppe, Bernhardt, Herzog, Kirdorf und Kusche an den Uebungen teilgenommen. Die Genannten befinden sich sämtlich in Untersuchungshaft. Gegen den Polizeihauptmann v. Steinaecker, der an der letzten Uebung im Juli d. J. als militärischer Instruktor teilgenommen hat, ist die sofortige Einleitung des Disziplinarverfahrens veranlaßt worden; er befindet sich gleichfalls in Haft.

Die Gesamtzahl der Teilnehmer an den Uebungen betrug etwa 70. Ihre Namen sind durchweg bekannt. Die bisherigen Vernehmungen haben ergeben, daß sie zur Teilnahme an der Geheimorganisation, die sich aus Studenten, Gymnasiasten, Lehrern, darunter Mitglieder des Deutsch-völkischen Schutz- und Trutzbundes und der ehemaligen Arbeitsgemeinschaft Roßbach zusammensetzte, vom Hochschulring deutscher Art aufgefordert worden sind. Der verhaftete Student Kusche hat zugegeben, daß der Kursus vom Hochschulring ausging; der Student Bernhardt hat eingestanden, im Wanderamt des Hochschulringes für die Uebungen, die unter der harmlosen Bezeichnung „Wanderkursus" gingen, Propaganda gemacht zu haben. Ein aufgefundenes Schriftstück, in dem dem Hochschulring die Baude „Serbenheim" von der Prinzlichen General-Direktion des Prinzen Friedrich Heinrich von Preußen zur Verfügung gestellt wird — sie diente als Quartier für die Organisationsteilnehmer — liefert den Beweis dafür, daß der Hochschulring Veranstalter der Uebungen war. Für die Art der Werbung ist auch ein Schreiben des Freiherrn von Zedlitz bezeichnend, in dem er einen gewissen Sepp Rother auffordert, an dem Kursus „Sport in unserem Sinne" teilzunehmen.

Das aufgefundene Material zeigt, daß die Organisation streng militärisch gegliedert war. Die Teilnehmer zerfielen in Offiziere, Unteroffiziere und Mannschaften, der genau eingeteilte Dienst umfaßte Exerzieren, Zielübungen, Gefechtsdienst, Gewehrreinigen usw. Scharf geschossen wurde mit Gewehren und Maschinengewehren. Die Herkunft der Waffen und Munition ist noch nicht einwandsfrei festgestellt. Die Behauptungen einiger Verhafteter, daß sie die Waffen „zufällig" gefunden hätten, wird dadurch widerlegt, daß nach den getroffenen Feststellungen die Maschinengewehre und Patronen zusammen mit Lebensmitteln, Decken und Stroh auf einem von Studenten begleiteten Leiterwagen zur Serbenbaude gefahren und dort abgeladen wurde. Die Behauptung innerpolitischer Harmlosigkeit des gesamten Unternehmens wird bereits dadurch widerlegt, daß es, ganz gleich welches seine Ziele waren, Geheimbündelei darstellt und damit unter den § 128 Str.-G.-B. fällt. Sie wird weiter aufs schwerste dadurch erschüttert, daß die eigentlichen Führer — die Brüder Zedlitz, die Brüder Koppe und Kusche — Mitglieder der Organisation C sind. Ihr angebliches Ausscheiden aus der Organisation C im letzten Winter stellt sich als Vorspiegelung falscher Tatsachen dar, da nach den Satzungen die Ausgetretenen weiter den Bestimmungen der Organisation unterworfen sind und als Verräter der „Feme" verfallen. Auf den noch bestehenden Zusammenhang mit der Organisation C weist auch der bis in die jüngste Zeit sich erstreckende Briefwechsel mit Angehörigen der Organisation C in anderen Landesteilen hin. Diese Umstände lassen keinen Zweifel daran, welchen Zielen die militärische Ausbildung und die Zusammenfassung der Mitglieder dienstbar gemacht werden sollte. Darauf deutet auch die von außen kommende Finanzierung des Unternehmens hin, dessen Geldgeber noch nicht ermittelt werden konnten. Der Hochschulring deutscher Art, der zur Teilnahme an diesen verbotenen Unternehmen aufgefordert hat, hat eine schwere Verantwortung auf sich geladen; seine Auflösung war im Interesse der Republik und der Ruhe und Ordnung in der Provinz Niederschlesien sowohl innen- wie außenpolitisch notwendig.

*

Schon sind die Führer wieder daran, durch Verhandlungen hinter den Kulissen den Schutz der Republik zu verschandeln. Die Arbeiter dürfen das nicht dulden. Sie müssen das Berliner Abkommen durchsetzen. Ganz besonders müssen sie die Reinigung der Behörden fördern, sonst werden die reaktionären Mordstudenten wieder in Freiheit gesetzt und können ihr Treiben gegen die Republik fortsetzen.

Der Tempel.

Roman

von

Hermynia zur Mühlen.

„Nadja sitzt aufgerichtet im Bett, ringt nach Atem, stöhnt, schluchzend hebt sich ihre Brust, Tränen rinnen aus den starren, entsetzten Augen.

Ratlos steht das Kind vor dem Bett.

„Was fehlt Dir, Mütterchen, was soll ich tun?"

„Ich sterbe, Iwan, ich sterbe," weint die Kranke auf.

Das Kind beginnt zu schluchzen: „Ich werde Stasia rufen."

„Schnell, schnell!"

Iwan hastet die Treppe hinauf, rüttelt an des dicken Mädchens Tür; sie ist verschlossen. „Stasia! Stasia!"

„Was ist's?"

„Komm schnell, Mütterchen ... Sie stirbt ..."

Eine Männerstimme brüllt auf: „Verfluchte Bande! Nicht einmal jetzt hat man Ruh. Laß sie sterben!"

Anastasias erschrockene Stimme klingt heraus: Gleich, Iwan, gleich!" und fährt zornig fort: „Du Bestie!"

Iwan läuft in die Stube zurück. Nadja liegt röchelnd da, aus ihren Mundwinkeln rinnt Blut. Sie packt das Kind an der Hand: „Iwan ... Angst ... Ich ersticke ... Bete ..." Und da das zu Tode erschrockene Kind stumm verharrt, flüstert sie abermals wimmernd: „Bete!"

In Iwans kleinem Kopf wirbeln die Gedanken durcheinander; beten? Er findet keine Worte ... eine große Leere ist in seinem Gehirn. Sternchen tanzen vor seinen Augen, kalter Schweiß perlt ihm auf der Stirne.

Und wieder tönt das verzweifelte Wimmern vom Bett: „Bete für mich!"

Da endlich löst sich die Starre in seinem Gehirn. Worte kommen, irgendwoher, aus schwarzer Ferne, fremde und doch vertraute Worte. Er fällt vor dem Muttergottesbild auf die Knie, schlägt ein Kreuz und betet:

„Boruch ato adonai ..."

* * *

Der Tag, auf den Iwan sich so gefreut, ist gekommen. Aber Mütterchen will keine Milch und keine Piroggen; Mütterchen liegt ganz still und weiß im Sonnenschein, und Anastasia hat ihr die Hände auf die Brust gefaltet und zwei brennende Kerzen neben das Bett gestellt.

Anastasia ist trotz der frühen Morgenstunde vollständig betrunken. Sie kniet weinend neben dem Bett, murmelt eintönige Worte, schwankt und trinkt von Zeit zu Zeit ein Gläschen Wodka.

Iwan kauert erschreckt in einer Ecke.

Die bucklige Schustersfrau bringt Blumen und legt sie auf Nadjas Brust. „Sie soll doch noch den Frühling merken, die Arme."

Das Zimmer füllt sich mit Sonne. Vor dem Bett betet die betrunkene Dirne; die Worte verwirren sich ihr im Munde, mit schwerer Stimme lallt sie: „Heilige Muttergottes, bitte für sie. Bitte, heilige Muttergottes. Bitte, Muttergottes, für die Heilige!

Fünftes Kapitel.

Der Newski dehnt sich endlos im kalten Licht einer weißen Julinacht. Grimmigen Schatten gleich ragen die hohen Häuser zum bleiernen Himmel auf, in der Ferne ballt sich drohend die dunkle Masse des Admiralitätsturmes. Droschken jagen dahin, Autos gellen wild auf, Menschen kommen und gehen. Es ist weder Tag noch Nacht. Die Stunden, die schier ohne Uebergang vom Abend zum Morgen gleiten, haben etwas Unheimliches, Feindseliges. Die Stadt gleicht trotz allem Treiben einem Gespensterort, wo Schatten die Straßen bevölkern, vom Grab befreite Tote lärmend ihre kurze Auferstehung feiern. Die erste Röte im Osten deucht Erlösung vom Banne der bösen Stunden, das Zwischenreich versinkt, eine lebendige Stadt der Lebendigen breitet sich der Sonne entgegen.

Leute strömen aus dem Theater, kommen von den Inseln gefahren. Hier und dort schreitet ein Polizist seine Runde ab, und dunkle Gestalten huschen tiefer in die Schatten der Häuser.

An einer Ecke steht ein kleiner Knabe mit einer Balalaika; verstimmt und falsch wimmern die Saiten, und eine dünne Kinderstimme singt:

„O schwarze Augen
O schöne Augen!"

Seltsam klingt das schwermütig leidenschaftliche Lied aus Kindermund. Die kleinen Finger sind müde und greifen falsch. Schrille Mißtöne zittern durch die Nacht; immer heiserer wird die schwache Stimme.

Achtlos gehen die meisten vorüber; es ist spät, es drängt die Leute heim ins behagliche Bett; was geht sie das fremde Kind an?

Ein betrunkener Matrose torkelt heran: „Sing' einmal etwas anderes, Brüderchen, seit einer halben Stunde plärrst Du das gleiche Lied."

„Ich weiß kein anderes."

„Wart', ich pfeif Dir eines vor." Der Matrose lehnt sich gegen eine Mauer, und die verbotenen Töne eines revolutionären Liedes klingen herausfordernd auf. „So, und jetzt sing dazu:

„Des Volkes Blut verströmt in Bächen
Und bitt're Tränen rinnen drein.
Doch kommt der Tag, da wir uns rächen,
Dann werden wir die Richter sein!""

Eine Frauengestalt huscht heran: „Grischa, Du bist verrückt! Komm fort!" Sie packt den Matrosen am Arm, versucht ihn weiterzuziehen.

„Wart' doch, mein Täubchen, ich muß dem Brüderchen eine Kopeke geben. Da hast Du, mein Söhnchen, und lerne andere Lieder."

(Fortsetzung folgt)

Vom Kampfplatz der Arbeit.

Die Direktion der Breslauer Straßenbahn verordnet.

Die Direktion der Breslauer Straßenbahn gibt den Straßenbahnern durch Aushang folgendes bekannt:

Es ist zur Kenntnis der Verwaltung gekommen, daß eine Anzahl von organisierten Angestellten ihre einer anderen oder gar keiner Organisation angehörenden Kollegen deshalb verfolgt und quält. Dies widerspricht nicht nur den ersten Anforderungen der Kameradschaft, es stört auch die Ruhe und den Frieden innerhalb der Belegschaft und kann nicht weiter geduldet werden.

Wir ersuchen deshalb die, die es angeht, sich der das Einvernehmen innerhalb der Arbeitnehmerschaft störenden Tätigkeit zu enthalten, widrigenfalls die Verwaltung zu ernsteren Maßnahmen gezwungen sein würde.

Breslau, den 15. Juli 1922.

Verwaltung der städtischen Straßenbahn
Bleyberg.

Die Direktion der städtischen Straßenbahn hat den richtigen Ausdruck gefunden. Quälen nennt sie die Agitation der klassenbewußten Straßenbahner unter ihren rückständigen Kollegen. Dabei ist sie aber auch dreist genug, zu erklären: Wenn dies nicht unterbleibt, ist die Verwaltung zu ernsteren Maßnahmen gezwungen. Also, wenn die Straßenbahner die politische und gewerkschaftliche Agitation nicht unterlassen, ja, wenn sie sich weiterhin unterstehen, ihre Kollegen über die eigene Ausbeutung aufzuklären, dann fliegen sie auf die Straße.

Derselbe Bleyberg, der am 1. Mai mit den Straßenbahnern demonstrierte, hat diesen Aushang unterzeichnet. Er hat sich die Maske der Arbeiterfreundlichkeit vom Gesicht gerissen.

Es ist eine Folge der von den Gewerkschaften betriebenen Politik der Arbeitsgemeinschaft, daß sich die Straßenbahner diese Provokation gefallen lassen müssen.

Trotzdem müssen die Straßenbahner geschlossen ihren Willen betonen und der Direktion zu wissen geben, daß sie auf die Bekanntmachungen pfeifen und trotzdem ihrer proletarischen Pflicht genügen.

Gewerkschafts-Bewegung.

Aus dem Transport-Gewerbe.

Verbindlichkeitserklärung.

Vom Transportarbeiterverband wird uns geschrieben: In Lohnangelegenheiten (Wochenlöhner des Kohlenhandels) Deutscher Transportarbeiterverband kontra Verband Breslauer Kohlenhändler fällte der Schlichtungsausschuß der Stadt Breslau am 9. Juni d. Js. einen äußerst bescheidenen Spruch, betr. Mai- und Junilöhne, welcher zwar von unseren Kohlenarbeitern trotzalledem angenommen, aber vom Verband Breslauer Kohlenhändler abgelehnt wurde.

Nunmehr aber ist dieser Spruch seitens des Herrn Regierungspräsidenten auf unsere diesbezügliche Eingabe hin unterm 12. Juli d. Js. für „allgemein verbindlich" erklärt worden. Wir geben dies hiermit allen Interessenten zur gefl. Kenntnisnahme und werden in den nächsten Tagen noch weitere ergänzende Ausführungen dazu bringen.

Deutscher Transportarbeiter-Verband.
Die Sektionsleitung.

Wir warten die Nachricht des Transportarbeiterverbandes ab, bevor wir hierzu Stellung nehmen.

Von den Bunzlauer Zimmerern.

Ein tolles Stück erlaubten sich die Zimmerer von Bunzlau, die einen Schiedsspruch in ihrer Versammlung weder annahmen noch ablehnten. Sie richteten statt dessen ein Schreiben an die Unternehmer, in dem sie erklärten, daß ihnen der Schiedsspruch als zu gering erscheine und sie es deshalb für notwendig erachten, erneut mit den Unternehmern in Verhandlungen zu treten.

Der Vorsitzende Scholz erklärte in einer Bauarbeiter-Versammlung, daß er „diesen Beschluß aus taktischen Gründen herbeigeführt habe".

Das heißt mit anderen Worten, daß er abwarten will, wie sich die Lohnbewegung der Bauarbeiter entwickelt, um hernach die Sache so zu schieben, daß er beiden Teilen gerecht wird.

Wir fragen: Haben die Bunzlauer Zimmerer ebenso wenig Mut wie ihr „Führer" Scholz, daß sie keine eigene Entscheidung treffen können?

Die Bauarbeiterbewegung in Bunzlau.

Ende Juni fanden in Breslau Verhandlungen über die Lohnfestsetzungen für den Monat Juli statt, die folgendes Bild zeigten: Die Arbeiterorganisationen stellten bezüglich die Forderung auf 6,— Mark Stundenlohnerhöhung. Die Unternehmer lehnten diese Forderung ab mit dem Hinweis, der Index sei nur um 2½ Prozent gestiegen. Schließlich brachen sie die Verhandlungen ab. Daraufhin wurde der Schlichtungsausschuß angerufen. Dieser rechnete diesmal nicht mit Prozenten, sondern mit Mark und Pfennig, was dem Wunsche der Arbeiter entsprach. Folgender Schiedsspruch wurde gefällt: Jeder Arbeiter, ganz gleich ob Maurer oder Bauhilfsarbeiter, erhält eine Stundenzulage von 4,50 Mark. Am Dienstag, den 11. Juli, tagte in der „Hoffnung" eine außerordentliche Mitgliederversammlung. Kollege Brandt gab Bericht über die Verhandlungen vor dem Schlichtungsausschuß. Die Versammlung lehnte einstimmig den Schiedsspruch auf 4,50 Mark Lohnerhöhung ab und verlangte Durchsetzung der alten Forderung von 6,— Mark Erhöhung.

Am Tage darauf kamen aus den Betrieben die Nachrichten, daß die Belegschaften gewillt sind, selbständig bei den Geschäftsleitungen vorstellig zu werden mit folgenden Forderungen:

1. Für Monat Juli ist eine Zulage zum Stundenlohn in Höhe von 6,— Mark zu zahlen.
2. Als Endtermin kommt der 17. Juli 1922, Nachmittag 3 Uhr in Betracht.

Sollte bis zu diesem Termin den Forderungen nicht Rechnung getragen sein, so sind bis zum 15. nachmittags 3 Uhr, die Papiere fertig zu stellen, und den Arbeitern auszuhändigen.

[illegible] die Unternehmer in einer Vollversammlung ihren Kollegen [illegible] werden und sie unterrichten könnten.

Eine Bauarbeiter-Versammlung stimmte diesem Vorschlag zu. Über den Verlauf der am Mittwoch, den 19. Juli stattfindenden Verhandlungen ist uns bis zur Stunde noch kein Bericht vor.

Zum Streik im Karosserie-Gewerbe.

Berichtigung.

Zu der Notiz in Nr. 164 unserer Zeitung geht uns, unter Hinweis auf § 11 des Preßgesetzes, folgende Berichtigung zu, die wir vorbehaltlich der Aeußerung unserer Gewährsleute abdrucken:

Es ist unwahr, daß in unseren Betrieben Stundenlöhne von 12—15 Mark gezahlt werden.

Es ist unwahr, daß meinerseits vor dem Schlichtungsausschuß ein Angebot von 25 Pfg. Zulage pro Stunde auf die bestehenden Löhne gemacht worden ist. Es ist wahr, daß unser Lohnangebot sich 60 Pfg. unter den Sätzen der Metallindustrie bewegte und daß meinerseits im Auftrage der gesamten Arbeitgeber vor dem Schlichtungsausschuß der Vermittelungsvorschlag gemacht wurde, diese Differenz auf 25 Pfg. zu ermäßigen. Bei einer späteren Versammlung der Arbeitgeber ist auch die bestehende Differenz von 25 Pfg. fallen gelassen, sodaß die Sätze der Metallindustrie voll erreicht sind. Von diesem Beschluß ist auch der Holzarbeiter-Verband vor Ausbruch des Streiks rechtzeitig benachrichtigt worden.

Georg Möller,
i. Fa. F. Oels, Hummerei 16.

Arbeiter und Arbeiterinnen von Gottesberg!

Am Sonnabend, den 22. Juli, findet im Gasthof „Zum weißen Lamm" eine

öffentliche Volksversammlung

statt. Thema:

Das Berliner Abkommen und die KPD.
Erscheint in Massen!

Lokales.

Breslau.

Der Feind steht rechts.

Heilmann contra von Freitagh-Loringhoven.

Der Tag der großen Redeschlacht war gekommen und mit ihm eine nach Tausenden zählende Schar von „Republikanern", nur nicht Herr — Heilmann. —

Und so maßen sich zwei „Parteigrößen" der Metropole des Ostens, zwei Demagogen reinsten Wassers in einer Weise, die die meisten belustigt, wenige befriedigt und den Kenner der Geschichte von 1914 bis heute mit Abscheu und Verachtung erfüllt hat.

Man beachte, Herr Pietsch, Vertreter der „völkerbefreienden" Sozialdemokratie und als solcher „Genosse" eines — Noske, Hörsing und Severing klagt in aller Form und Oeffentlichkeit Herrn von Freitagh-Loringhoven und dessen Partei des Mordes an. Mit dummdreisten Ausfällen auf das „blödsinnige" Sowjetrußland beginnt er seine, jeden positiven Beweises baren Anklagerede. Intellektuelle und moralische Schuld am Ministermord nachzuweisen wird mit pharisäischer Heuchelei und Gebärde krampfhaft versucht. Und dieser Versuch endet, und kann nicht anders enden als in lächerlicher Demagogie.

Die „Volksmassen" aufzuwühlen ist nicht krankhafter Trieb der Rechtsparteien bis zur SPD., sondern bewußte Tat dieser Parteien fußend auf der Gedächtnisschwäche eines ausgemergelten Volkes.

Es ist nun unsere Aufgabe und Pflicht, des Volkes Gedächtnisschwäche zu heilen. Dieser Heilungsprozeß wird den Arbeitern ermöglichen das demagogische Spiel, daß sich in Zeiten der Gefahr mit der Folgerichtigkeit eines Naturgesetzes wiederholt zu durchschauen.

Ausgerechnet die SPD. fühlt sich berufen gegen den politischen Mord zu demonstrieren. Dieselbe SPD., in der heute noch die politischen Massenmörder Noske und Hörsing sitzen. Und darum müssen wir diesen Heuchlern und Pharisäern die Maske der Humanität, der Toleranz, der Demokratie vom Gesicht reißen, damit wir die bluttriefenden Fratzen erblicken, die dahinter stecken.

Otto Wels, Sozialdemokrat, ist einer der ersten gewesen, der im Reichstage den Deutschnationalen die Schuld an Rathenaus Ermordung ins Gesicht schrie. Derselbe Otto Wels war aber auch der erste, der nach den November-Ereignissen in den Straßen Berlins Arbeiterblut vergießen ließ. — —

Im Januar 1919 hat das Zentralorgan der Deutschnationalliberalen SPD., der „Vorwärts" als erste deutsche Zeitung unverblümt zum politischen Mord aufgefordert.

„Karl, Rosa, Radek und Kumpanei, 's ist keiner dabei, 's ist keiner dabei." — —

Das war der poetische Erguß dieses „Vorwärts", ebenbürtig in Form und Wirkung den Glanzleistungen eines „Miesbacher Anzeigers". — —

Das Regierungsorgan als intellektuelle, moralische Urheberin des politischen Mordes wurde von den reaktionären Offizieren des Edenhotels richtig verstanden und gar bald waren unter der „Kumpanei" auch „Karl und Rosa" dabei. — —

Am 11. Januar 1919 wurde auf Geheiß der „Volksbeauftragten" Ebert, Scheidemann und Landsberg das „Vorwärtsgebäude" von reaktionären Offizieren mit Minen beschossen, der Rest der sich ergebenden Besatzung aufs schwerste mißhandelt und die Parlamentäre im Einverständnis mit den drei „Obergenossen" niedergeknallt. — — —

Wahrlich, diese SPD., diese Partei der ausgeprägtesten politischen Unmoral und Gemeinheit, der blutigsten, rücksichtslosesten Gewaltpolitik gegen die revolutionäre Arbeiterschaft, die intellektuelle Urheberin des Mordes an Abertausenden von Re-

[illegible] Der Feind des arbeitenden Volkes steht rechts! [illegible] Die Arbeiter.

KPD. Distrikt 4a. [illegible] Breslau, den 21. Juli, abends 7 Uhr, findet bei Mähling, [illegible] 18, eine außerordentliche Distriktsversammlung statt. Es ist Pflicht aller Genossen und Genossinnen, zu erscheinen. Leser der „Schlesischen Arbeiter-Zeitung" und Sympathisierende sind willkommen. Ein Redner ist anwesend.

Der Distriktsführer.

+ Auf dem Breslauer Großmarkte wurden am 18. Juli folgende Großhandelspreise für Gemüse und Obst verzeichnet: Blattspinat 600—800 Mk., Rhabarber 100—150 Mk., Blaukartoffeln, neue, 400—450 Mk., Kirschen 500—600 Mk., Blaubeeren 800—1100 Mk., Schnittbohnen 700—800 Mk. je Zentner; junge Zwiebeln 12—15 Mk., Mohrrüben 30—40 Mk. je 15 Bund, Oberrüben 10—40 Mk. je Schock, Kopfsalat 6—15 Mk. je 12 Köpfe. Zufuhr schwach, Umsatz gut. Starke Nachfrage, Preise teilweise anziehend.

Altwasser.

Versammlung der KPD. Am Sonntag, den 23. Juli, abends 7 Uhr, findet im „Eisernen Kreuz" unsere Mitgliederversammlung statt. Genossen und Genossinnen! Euer Erscheinen ist dringend notwendig.

Tagesordnung:

1. Was lehrt uns die Demonstration am 4. Juli.
2. Wie verhalten wir uns zu den Unionisten.
3. Unsere Kreiseinteilung.
4. Verschiedenes.

Referent anwesend. Die Ortsleitung

Langenbielau.

Kommunistische Jugend. Am Sonnabend, abends 7½ Uhr, findet im Gasthof „Zum Kronprinz" eine gemeinsame Mitgliederversammlung mit der Ortsgruppe Peterswaldau statt. Da wichtige Beschlüsse zu fassen sind, müssen alle Mitglieder erscheinen.

Sonntag, vormittags ½9 Uhr, bei Dinter Kursus.

Peterswaldau.

Kommunistische Jugend. Wir verweisen auf die Notiz unter Langenbielau.

Genossen! Leser!
Gebt den Jung-Prolet an Jugendliche weiter.

K * P * D

Kommunistische Partei Deutschlands, (Bezirk Schlesien).

Bezirksleitung: Büro und Kasse: Breslau, Nikolaistr. 49/50. Fernsprecher Ring 8837. Adresse: Alfred Oelßner, Breslau 1, Nikolaistraße 49/50. Postscheckkonto Breslau 588 64, Alfred Oelßner.

Unterbezirk Breslau. Büro: Breslau, Nikolaistr. 49/50 Josef König.

Breslau.

Am Donnerstag, den 20. Juli, abends 7 Uhr, findet pünktlich im Parteibüro eine sehr wichtige Sitzung statt. Alle Kommunisten der Betriebe Trelenberg, Smoschewa und Kemna müssen erscheinen. Parteiausweis mitbringen.

Freitag, den 21. Juli 7½ finden folgende Distriktsversammlungen statt: 1/2, 3a, 4, 14, 5, 6, 7, 8. Keine Distriktsabende finden statt: Distrikt 9, 9a, 10 und 12.

Sonnabend, den 22. Juli, abends 7 Uhr, erscheinen alle Kommunisten der Betriebe Heckmann, Cäsar-Wollheim und Schlesische Dampfer Compagnie im Parteibüro zu einer sehr wichtigen Sitzung.

Unterbezirk Waldenburg. Büro: Gottesberg, Langestr. Nr. 14. F. Melzer.

Neustadt O.-S. Sonntag, den 23. Juli bei günstiger Witterung Ausflug nach Ziegenhals. Abfahrt 5^{55} morgens. Treffpunkt Schützenhaus. Zahlreiche Beteiligung ist erwünscht.

Gottesberg. Sonnabend, den 22. Juli, abends 7 Uhr, im Gasthof zum weißen Lamm, öffentliche Volksversammlung. Thema: Das Berliner Abkommen und die KPD. Erscheint in Massen.

Langenbielau. Sonnabend, den 22. Juli, abends 7½ Uhr bei Dinter im Kino-Saal, öffentliche Mitgliederversammlung. Sympathisierende und Zeitungsleser sind willkommen. Funktionäre, speziell Zehnergruppenführer, müssen um 7 Uhr anwesend sein, wegen Abrechnung mit dem Kassierer für Monat Juli. Wichtige Tagesordnung. Das Erscheinen aller Genossen und Genossinnen ist Ehrensache.

Langenbielau, Kommunistische Jugend. Sonnabend, den 22. Juli, abends ½8 Uhr findet im Gasthof zum Kronprinz eine Mitgliederversammlung mit der Ortsgruppe Peterswaldau statt. Das Erscheinen aller Mitglieder ist Pflicht. Sonntag vormittag ½9 Uhr, bei Dinter Kursus.

Peterswaldau. Sonnabend, den 22. Juli, abends 7½ Uhr, öffentliche Mitgliederversammlung bei Klette, Mittel Peterswaldau. Sympathisierende und Zeitungsleser willkommen. Wichtige Tagesordnung. Das Erscheinen aller Genossen ist notwendig.

Kommunistische Jugend. Wir verweisen auf die Notiz unter Langenbielau.

Altwasser. Sonntag, den 23. Juli, abends 7 Uhr Mitgliederversammlung, im eisernen Kreuz. Genossinnen und Genossen, Euer Erscheinen ist dringend notwendig. Referent anwesend.

Neu-Salzbrunn. Sonntag, den 23. Juli, vormittags 9 Uhr im [illegible] Hof, wichtige Mitgliederversammlung. Wegen der Wichtigkeit der Tagesordnung, wird vollzähliges Erscheinen erwartet.

Verantwortl. Redakt.: Max Zischaher; Inserate: Joh. Hartsch
Verlag: Produktivgenossenschaft für die Prov. Schlesien, e.G.m.b.H.
Druck: Püffel & Danigel, sämtlich in Breslau.

Portier für Saalgeschäft sofort gesucht
Bergkeller Kletschkaustraße 33.

Schallplatten u. Sprechmaschinen [illegible] **50 Mk.**
H. Liedecke, Stockgasse 3.

[illegible] kauft, überbietet jeden Preis.

Arbeiterkleidung, Wäsche und Schuhwaren für Frauen, Männer und Kinder, kaufen Sie am billigsten bei
R. Suchatzki, [illegible]straße Nr. 31.

Nähmaschinen für Familie, Handwerk u. Industrie in großer Auswahl empfiehlt
Alfred Schlesinger, Schmiedebrücke 29a
Spezialhaus für Nähmaschinen.
Auf Wunsch bequeme Teilzahlungen.

Genossen! Werbt neue Abonnenten.

Wider den weissen Mor[d]
von Paul Frölich.
Organisationspreis Mk. 6.—
Zu beziehen durch
Produktiv-Genossenschaft für die Provinz Schlesien, e. G. m. b. H.,
Breslau, Nikolaistraße 49/50

... Kräfte sie zur Verfügung stellen und was diese aufführen wollen (Rezitation, Gesang usw.), die Bezirksleitung wird dann unverzüglich Material zuleiten.

Wir ersuchen also nochmals alle Ortsgruppen, der Bezirksleitung bis zum 25. d. Mts. mitzuteilen, was sie auf dem Jugendtag aufführen wollen. Und zwar ist ganz genau anzugeben, was rezitiert oder was gesungen wird. Wenn möglich soll auch der Name des Mitgliedes, das die betreffende Sache aufführt, angegeben werden.

Ans Genossen ans Werk! Macht es Euch zur Pflicht, Euren Jugendtag selbst auszugestalten! Zeigt, daß Ihr als Kommunistische Jugend versteht, eine große machtvolle Kundgebung, wie sie der in aller Welt begangene Internationale Jugendtag ist, würdig zu gestalten!

Baut an Eurem Jugendtag!

Kommunistische Jugend Deutschlands,
Bezirksleitung Schlesien.

Öffentliche Jugendversammlung in Freiburg.

Anläßlich des Jugendtages, welcher am 16. Juli in Freiburg stattfand, hatte die Kreisleitung Waldenburg eine öffentliche Versammlung einberufen. Genosse Fritz-Breslau sprach über das Thema: „Wie kämpft die proletarische Jugend gegen die wachsende Verelendung?" Genosse Fritz gab den anwesenden Jugendlichen ein anschauliches Bild von den ungeheuren Leiden und Lasten, die von den Arbeitern auf die schwachen Schultern der jugendlichen Arbeiter und Arbeiterinnen gelegt werden. In Freiburg selbst gibt es sehr viele Fälle, daß jugendliche Arbeiter oder Arbeiterinnen ganz ungeheuer von den Kapitalisten ausgebeutet werden. Es sind Fälle von Ausbeutung zu verzeichnen, die man nicht für möglich hält und die doch auf Wahrheit beruhen. Mit 5 Mark Wochen„lohn" müssen Lehrlinge nach Hause gehen. Eine Arbeiterin in einer Uhrenfabrik erhält einen Wochenlohn von 336 Mark. Viele ähnliche Fälle zeigen, daß die Freiburger Unternehmer sich von allen anderen nicht unterscheiden.

Die Verelendung der proletarischen Jugend erfordert gebieterisch den schärfsten Kampf. Er gilt nicht nur gegen die Verelendung anzukämpfen, sondern es gilt den Kampf aufzunehmen, um die Arbeiter endgültig vom Joche des Kapitalismus zu befreien. — Es wurden nun vom Genossen Fritz alle die Fragen aufgerollt, die im Befreiungskampfe der Arbeiterklasse eine Rolle spielen. Das Interessante an den Ausführungen des Redners war, daß er es verstand, in populärster Weise zu den Jugendlichen zu sprechen. Ein Beispiel sei erwähnt, das besonders gut auf die Versammlung wirkte. Fritz sagte: Ein großer Riesen hat man vor einen Pflug gespannt, den er mühselig vorwärts schleppt. Hinter dem Pfluge geht ein winziges Männchen, klein, aber schlau. Wenn nun der Riese einen Augenblick stehen bleibt oder gar nicht weiter gehen will, dann kneift das unscheinbare Männchen mit der Peitsche den Riesen über die Ohren und schon schleppt er den Pflug weiter. Der Riese gleicht dem Proletariat und der kleine Mann dem Kapitalismus. Wenn der Riese sich seiner Kraft bewußt wäre, dann brauchte es bloß eines einzigen Schlages und das Männchen wäre zerschmettert, der Riese aber frei. Nun wurde noch über die Entwicklung der Jugendbewegung sowie über die Ziele und Programme der gegnerischen Organisationen ein Bild gegeben. Dann sprach Genosse Fritz über die nächsten Aufgaben der kommunistischen Jugend. Er machte allen klar, daß die Schaffung einer revolutionären Avantgarde nur von der Kommunistischen Jugend in Kampfgemeinschaft mit der Partei durchgeführt werden kann. Die jugendlichen Arbeiter, die zu uns kommen, müssen geschult werden, damit klassenbewußte Kämpfer aus ihnen werden. Die Gruppenabende unserer Organisation müssen so ausgestaltet werden, daß sich die Mitglieder nicht langweilen. Es darf nicht vorkommen, daß Jugendliche die kostbare Zeit damit vertrödeln, daß sie aus Langeweile mit den Fingern auf den Tisch trommeln oder sich über weltentfernte Dinge unterhalten. Es gilt in unseren Gruppenabenden ernste Bildungsarbeit zu leisten, den Jugendlichen das Rüstzeug zu geben, das sie brauchen, um erfolgreich kämpfen zu können.

Recht viele Jugendliche in unsere Organisation hineinzuziehen, sie einzureihen in die Kampffront des revolutionären Proletariats, das ist heute die Hauptaufgabe unserer Organisation. Stürmischer Beifall bewies, daß die Jugendlichen die Worte unseres Genossen Fritz verstanden hatten.

Da sich Gegner nicht zu Worte meldeten, wurde von einer Diskussion abgesehen.

Die Kommunistische Jugend Freiburgs kann mit dieser Versammlung zufrieden sein. War es doch eine stattliche Zahl Jugendlicher, die sich zusammengefunden hatten.

Mit dem Absingen der Internationale schloß die Versammlung.

Marx aus Breslau.

Das Gewerkschaftsfest in Landeshut.

Es war mittags 12 Uhr. Am Bahnhof sammelte sich ein Trupp Jugendlicher und Kinder um das neue Banner der KJ. Landeshut. Es dauerte nicht lange und der Zug von Schmiedeberg lief ein. Die Ortsgruppen Arnsdorf, Steinseiffen und Schmiedeberg waren erschienen um uns zu unterstützen. Um [illegible] durch die Stadt. Die [illegible] Die Spießbürger schauten verächtlich nach uns um. Am Gasthaus zur Sonne gesellte sich noch ein Trupp Kinder zu uns. Nachdem die Girlanden verteilt waren, zogen wir als Vortrupp des Proletariats vor die „Hauptkaserne". Selbst das bürgerliche „Wurschtblatt" schrieb: Das gestrige Fest der freien Gewerkschaften wurde durch einen festlichen Ausmarsch von imposanter Farbenfreudigkeit und Länge durch die Stadt hinaus zu den Honigbauden eingeleitet. Sehr Kleine (es waren Schulkinder! D. Red.) eröffneten den Festzug im Zeichen des Sowjetsterns als „Kommunistische Jugend". Die Polizei gebärdete sich, als sei sie aus dem Jahre 1813. Wir konnten uns nicht enthalten den Vers zu singen:

Die hohe Polizei, die hohe Polizei
sie steht den großen Lumpen,
ja, ja, Lumpen bei,
Die hohe Polizei!

Verhaftet hat die Polizei aber niemand, denn sonst hätte sie vielleicht Proletarierfäuste prüfen können. Der Festzug löste sich bei den Honigbauden auf. Wir suchten uns eine schattige Ecke. Nach kurzer Zeit beschlagnahmten wir die Bühne, um dort unsere Volkstanzvorführungen zum Besten zu geben. Wir fanden zahlreichen Beifall. Wir nahmen noch eine Sammlung für die Kinder-Woche vor, die uns klar zeigte, daß die Kommunisten mehr Opferliebe besitzen als die SPD.-Leute. Es wurden 124 Mark gesammelt.

Bemerkenswert ist noch, daß die Proletarier nicht dem bürgerlichen „Karnöffelfest" nachgelaufen sind, sondern treu zu ihren Gewerkschaften stehen. Für uns war der Tag ein Tag der Propagandatätigkeit. Von der Rede eines Jugendlichen mußten wir absehen, da der Festplatz sich nicht zur Ansprache eignete. Trotzdem können wir verzeichnen, daß sich Jugendliche an uns mit Fragen wenden, die wir jederzeit gern beantworten.

Roterberg, Landeshut.

Veranstaltungen der Gruppen.

Breslau.

Eine Funktionärversammlung findet am Freitag, den 21. Juli, abends 7 Uhr, im Minoritenhof statt. Der wichtigen Tagesordnung wegen müssen unbedingt alle Funktionäre erscheinen.

Am Unterhaltungabend eines KPD.-Distriktes sollen Jugendliche mitwirken. Der Abend findet am Sonntag, den 23. Juli, abends 6 Uhr, in Langners Restaurant, Bohrauer Straße 36, statt. Alle Genossinnen und Genossen, die mitwirken wollen, treffen sich am selben Tage vormittags 9 Uhr im Parteibüro.

Die Heimabende finden statt:

Liebknecht-Heim: Schulhaus Steinstraße 84/88, jeden Dienstag, von 7,30 bis 9,30 Uhr.

Luxemburg-Heim: Schulhaus Brockauer Straße, jeden Mittwoch, von 7,30 bis 9,30 Uhr.

Lenin-Heim: Schulhaus Anderssenstraße, jeden Donnerstag, von 7,30 bis 9,30 Uhr.

Die Ortsleitung.

Landeshut.

Unsere Versammlungen finden nicht, wie in Nr. 11 berichtet, im Gasthof „Zur Sonne", sondern im Gasthof „Zum Stern" jeden Mittwoch abends 1/28 Uhr statt.

Fremdwörter-Erklärung.

Aktion — Handlung, Tat; Amnestie — Straferlaß; Augiasstall — nach einer Sage ein Stall des griechischen Königs Augias von Elis, in dem 3000 Rinder standen und der 30 Jahre lang nicht gereinigt war, (wir werden demnächst darüber erzählen). Daher Augiasstall säubern, Ausdruck für eine große Masse von Unrat und Mißständen beseitigen; Avantgarde — Vorhut; demokratisch — eigentlich die Volksherrschaft betreffend, heute wird aber das arbeitende Volk unter dem Scheine der Demokratie (Volksherrschaft) unterdrückt; Diskussion — Erörterung, Besprechung; Dissident — einer der keiner Kirchengemeinschaft angehört; diszipliniert — an Zucht und Ordnung gewöhnt; isolieren — absondern, abschließen, kalt stellen; Justiz — eigentlich Gerechtigkeit, jedoch ist heute die Justiz (namentlich die deutsche) das gerade Gegenteil von Gerechtigkeit; Konterrevolution — Gegenrevolution, das Bestreben dunkler Mächte, die Arbeiter, die sich selbst befreit oder einen Schritt zu ihrer Befreiung getan haben, wieder ins alte Joch der Unterdrückung zu werfen; Monarchie — Alleinherrschaft (eines Kaisers oder sonstigen Fürsten); notieren — aufschreiben; Orientierung — zurechtfinden; [illegible] — Name, Geburtstag usw.; pessimistisch — schwarzsehend; Phantast — Träumer, Schwärmer; populär — volkstümlich, leicht verständlich; Position — Stellung, Lage; Präsident — Vorsitzender, Oberhaupt; Prophet — Wahrsager, Vorhersager; Reaktion — eine Gegenwirkung gegen die gesellschaftliche Entwicklung, die das Alte, Ueberlebte wieder herstellen will; Regierung — der die Gewalt ausübende Ausschuß der herrschenden Klasse; Revanche — Rache, Vergeltung; sabotieren — etwas unmöglich machen; sympathisieren — teilnehmend, mitfühlend; systematisch — planmäßig; Zentrale — Sammelpunkt, Mittelpunkt.

Jung-Prolet

Nummer 14. Juli 1922.

Beilage der „Schlesischen Arbeiter-Zeitung".

Wir stehen an glühenden Feuern.

Von Kurt Kläber.

Wir stehen an glühenden Feuern
Und hämmern.
Wir stehen an sausenden Bänken
Und drehen.
Wir schaffen in fahlem
Morgendämmern.
Wir schaffen, wenn die Sterne
Aufgehen —
Immer.

Doch wir stehen in ausgefegter Frone,
Wir feilen zu unserm eigenen Hohn,
Und in jedem wilden Hammerschlag
Stöhnt es und dröhnt es:
Wann kommt der Tag
Der Freiheit?

Wo unsere Kraft den Herrenden Reichtum nicht mehr bringt,
Der Tag, wo unsere Kraft jauchzend eigene Freiheit
begehrt.

Der Tag, wo man Arbeit um Arbeit wägt,
Der Tag, wo man gleichen Lohn zu allen trägt,
Die da schaffen.

Wir stehen und hämmern Schlag um Schlag.
Wir stehen und warten auf den Tag.
Und sind doch
Die Kraft.
Doch kommt der ersehnte Tag nicht bald,
In unseren Hämmern schwingt die Gewalt.
Wir lassen Feuer und Feilen stehn,
Und wir werden den Tag suchen gehn —
Bald!

\+ \+ \+

Es blieb beim Demonstrieren.

Von Max Gläser, Breslau.

Schwere, [illegible] dröhnten durch die Straßen. [illegible] Millionen waren aufmarschiert. [illegible]

Wie ein zündender Funke schlug die Nachricht vom Tode Rathenaus in die schlummernden Arbeitermassen. Es blieb den Arbeitern keine Zeit zum besinnen, [illegible] Hell und schneidend [illegible] der Kampfruf der Parteien und Gewerkschaften [illegible] — Die Reaktion schlägt zu! Die Reaktion schlägt los! Kampf [illegible] So stand es in der Presse, so riefen es alle Redner den Massen zu. Man rief die Massen, von denen man sagte, [illegible] politische Kämpfe zu führen. Man rief [illegible] Kapp-Putsch zum Schutze der Republik auf. [illegible] Massen erschienen mit einem [illegible] auf der politischen [illegible]

Gewaltig war der Aufmarsch der [illegible] der Schritt von vielen Hunderttausenden auf der Straße.

Lange bevor die am politischen [illegible] Wolken, ihren ersten Blitzstrahl niedersandten [illegible] unter den Arbeitern in ihren Versammlungen [illegible] [illegible]

[illegible]

[illegible]

Der Jugendtag in Freiburg.

[illegible]

Trupp nach dem andern angerückt kam. Die Gesichter in froher Kampfesstimmung kamen die einzelnen Gruppen anmarschiert. Vom Regen durch und durch naß, die Kleider hingen wie angeklebt am Körper, zogen Burschen mit roten Fahnen und Wimpeln nach dem Bahnhof, um immer noch einen Trupp abzuholen. Wo war da Verärgerung auf irgend einem Gesicht zu sehen, weil der Regen nicht nachließ? Keiner hatte es gesungen, aber man konnte es von allen Gesichtern ablesen:

Regen, Wind wir lachen drüber . . .

Das war die Stimmung, mit der unsere Genossen bei strömendem Regen revolutionäre Lieder singend nach dem Lokal „Buchwald" zogen.

Morgens 10 Uhr war alles zusammen. Alle Kreisgruppen und auch außerhalb des Kreises liegende Gruppen hatten, wenn sie auch nicht vollzählig erschienen waren, so doch einige Genossen entsandt. Um 10 Uhr wurde dann der Jugendtag eingeleitet durch den Massengesang des Liedes „Dem Morgenrot entgegen". Kräftig schmetterten 400 junge Kehlen, das Kampflied der revolutionären Jugend. Es folgten nun einige Rezitationen, an die sich die Ansprache anschloß. Genosse Langer-Freiburg begrüßte in kurzen kernigen Worten die zum Jugendtag erschienenen Gruppen. Nun folgten in bunter Reihenfolge Rezitationen, Gedichte, Mandolinen-Vorträge usw. Der erste Teil des Programms endete mit einem Sängerwettstreit verschiedener Gruppen. Es beteiligten sich daran die Ortsgruppen Waldenburg, Freiburg, Dittersbach, Langenbielau und Breslau. Folgende Lieder wurden gesungen: von Waldenburg „Arbeitsmänner", von Freiburg „Das Wandern ist des Müllers Lust", von Dittersbach „Brüder, zur Sonne zur Freiheit", von Langenbielau „Des Volkes Blut verströmt in Bächen" und von Breslau die „Warschawjanka".

Danach wurde bis 1 Uhr Mittagspause abgehalten. Viele Jugendliche besuchten in dieser Pause nochmals die freundlichen Gastgeber, die vielen von den am Sonnabend angekommenen Jungkommunisten in freundschaftlichster Weise Quartier gegeben hatten.

Mittag 1 Uhr. Der Saal füllt sich. Wird demonstriert? So wird gefragt. Unaufhörlich strömte das Naß von oben, ließ keinen Faden an dem trocken, der sich auf die Straße wagte.

Aber wer glaubte, daß unsere Genossen und Genossinnen es vorgezogen hätten, im trockenen Saale zu bleiben, als auf der Straße zu demonstrieren, der hatte sich gründlich getäuscht.

Einige ältere Parteigenossen glaubten abraten zu müssen, da eben die meisten durchnäßt waren. Als um 1 Uhr Genosse Gläser bekannt gab, daß nun zur Demonstration zusammengetreten wird, da war im Nu der Saal leer und alle Jugendlichen standen auf der Straße. Der Zug formierte sich. Eine große Anzahl Fahnen, Wimpel und Tafeln mit Aufschriften waren im Zuge zu bemerken.

Die Internationale singend, zogen die Demonstranten nach dem Stadtinnern. Nun konnte man der Bourgeoisie die Fäuste zeigen, nun konnte die Jugend zeigen, daß sie nicht gewillt ist, die Ausbeutung noch lange zu dulden. Und die Jugend hat es der Bourgeoisie gezeigt. Trotzig mit ernsten Gesichtern marschierte die junge Schar durch die Straßen.

„Es kommt der Tag, da wir uns rächen,
dann werden wir die Richter sein",

so klang es den ängstlich hinter den Fenstervorhängen lauschenden Spießern entgegen. Arbeitermädels, Arbeiterburschen sangen es. Freiburg hatte wohl eine Demonstration von so vielen jungen Revolutionären noch nicht gesehen.

Der Zug bewegte sich über den Markt nach der Friedrichstraße, dem Viertel der Bourgeoisie. Laut ließen hier die jugendlichen Kämpfer ihre Stimmen erschallen und dröhnend hallte es die stillen Häuserreihen entlang „die Müßiggänger schiebt beiseite"!

Als nun Genosse Gläser an die Seite des Zuges sprang und den jungen Kommunisten zurief: Hier wohnen die, die euch knechten und ausbeuten, hier wohnen die, die Schuld tragen an eurem Elend, drum nieder mit der Reaktion, da dröhnte ein gar mächtiges „Nieder, Nieder, Nieder" den aus den Fenstern schauenden verdutzten Bourgeois entgegen.

Nun gings zurück zum Marktplatz. Gerade vor dem Fenster der Polizeiwache nahmen die Jugendlichen Aufstellung. Ohne die aufmerksam lauschende Polizei zu beachten, rief Genosse Fritz-Breslau den Jugendlichen noch einmal in Erinnerung, warum und wofür wir demonstrieren. „Wir sind die Junge Garde des Proletariats. Die Junge Garde, die kühn und entschlossen vorwärtsstürmt. Die sich ihrer großen Aufgaben bewußt ist und den festen Willen hat, für ihre Befreiung zu kämpfen. Angesichts der Freiburger Bourgeoisie und der verängstigten Spießer ruft die Kommunistische Jugend: Heilig sind uns die Worte: Kämpfende Jugend erschreckt nicht der Tod." Wir Jungen wollen die Bannerträger des kämpfenden Proletariats sein! Wir sind bereit, mit den blutroten Bannern der proletarischen Revolution dem Feind entgegenzustürmen. Das wollen wir heute geloben!"

Begeistert stimmten die Jugendgenossen und -Genossinnen ein in den Ruf:

Es lebe der Kampf der proletarischen Jugend!
Es lebe die proletarische Weltrevolution!
Es lebe die Kommunistische Jugendinternationale!

Nach der Ansprache formierten sich die Jugendlichen erneut zu einem Zuge und marschierten geschlossen zurück nach dem Buchwald. Auch jetzt wurde der Kampfgeist der Jungen durch trutzige Kampflieder zum Ausdruck gebracht.

Am Nachmittag drang die Jugend durch. Zum fröhlichen Tanz taten sich die Jugendgenossinnen und -Genossen aus den verschiedenen Orten zusammen. Da konnte man sehen, daß diese Jugend noch nicht von den Ausbeutern gebrochen ist, daß sie vom Leben noch etwas verlangt. — Trotzdem es zuweilen recht lustig zuging, wurde der Rahmen des Jugendtages gewahrt dadurch, daß die Volkstänze des öfteren von gut vorgetragenen revolutionären Gedichten unterbrochen wurden.

Schließlich mußten die Gruppen zur Bahn zurück, so daß der Jugendtag abgebrochen werden mußte.

Gewiß hat der Jugendtag in Freiburg noch vieles zu wünschen übrig gelassen. Er hätte besser ausfallen können, wenn das Wetter nicht gar so schlecht gewesen wäre und auch wenn die Vorarbeiten sorgfältiger geleitet worden wären. Auf organisatorische Mängel ist es zurückzuführen, daß manches am Jugendtag nicht so ausfiel, wie man erwartet hatte. Wenn man aber denkt, daß dies der erste Jugendtag war, den ein Kreis selbständig veranstaltet hat, so kann ohne Ueberhebung von einem Erfolg für unsere Organisation gesprochen werden. Der Jugendtag hat wesentlich dazu beigetragen, die Jugendgenossinnen und -Genossen aus dem Bezirk einander näher zu bringen. Sie werden nun mit vollem Eifer an die Vorbereitung des internationalen Jugendtages am 8. September im Riesengebirge gehen und dafür sorgen, daß dieser Tag eine eindrucksvolle und mächtige Kundgebung des schlesischen Jungproletariats bedeutet.

Wir betrachten den Jugendtag in Freiburg als einen zaghaften Schritt zu großen organisatorischen Erfolgen.

M. Gl.-Breslau.

Falsche Freunde.

Zusammengepferchtt wie die Heringe in der Tonne standen wir auf der Plattform eines alten 4. Klasse-Wagens, auf der bekanntlich der Aufenthalt verboten ist. Es war der Nachmittagszug nach Hirschberg, der viele Wanderer nach dem Gebirge trug. Neben mir stand ein junger Turner, der zum Turnerfest, soviel ich mich besinne zum Schlesierturnen fuhr. Es war ein taubstummer junger Arbeiter, der von irgendwem in einen Turnverein geschleppt wurde und da nun sein ein und alles findet. Wir kamen so gut es eben ging ins Gespräch. Der Turner zeigte mir ein Buch, in dem das Programm des Turntages und noch verschiedenes andere stand. Da fand ich Interessantes zu lesen. Schon die Zusammensetzung der verschiedenen Ausschüsse erregte mein Interesse. Die Herren, die sich in der Jugendpflege so besonders hervortaten, denen das Wohl und Wehe der Jugend so am Herzen liegt, waren da alle namentlich aufgeführt. Rektor, Lehrer, Bankdirektor, Kaufmann, Ingenieur, Professor, Pfarrer, Regierungsrat. So ging die bunte Reihe fort.

Junger Arbeiter! Junge Arbeiterin!

Denkt einmal nach: warum interessieren sich diese Herren so für Euch? Warum fördern sie so den Turnersport unter der Jugend? Glaubt Ihr, daß die Herren Regierungsräte, Pfarrer und Professoren Euch wirklich helfen wollen? Glaubt Ihr, daß sie Euch von der täglichen Ausbeutung in der Fabrik befreien wollen? Was werden diese Herren sagen, wenn Ihr verlangt, daß Ihr am Tage nur sechs Stunden arbeiten und dafür zwei Stunden turnen wollt? Sie würden Zeter und Mordio schreien über diese Unverschämtheit der Arbeiterjugend!

Was wollen sie also?

Sie wollen, daß Ihr turnt, und Euren Körper stählt, damit Ihr stark seid, in der Fabrik schuften und dem Kapitalisten recht viel Gewinn einbringen könnt. Und sie wollen besonders, daß Ihr bei all dem Turnen vergeßt, daß Ihr ausgebeutet werdet, daß Ihr nicht darüber nachdenkt, wie Ihr die Ausbeuter von Euch schütteln könnt.

Und schließlich wollen sie auch, daß Ihr für die Interessen dieser Herren gefügig werdet. Das wollen sie dadurch erreichen, daß sie Euch „vaterländisch" erziehen, daß sie Euch sagen, die Franzosen wären Eure Feinde, während wir Euch sagen: die französischen Arbeiter sind Eure Brüder. Eure Feinde sind Eure Ausbeuter, die deutschen, die französischen, überhaupt alle Kapitalisten. Dieser „vaterländische" Geist kam auch im Festprogramm des Hirschberger Turnfestes zum Ausdruck. Die Arbeiter sollen da mitsingen „Deutschland, Deutschland über alles", das Lied, daß die deutschnationalen Mordstudenten gröhlen.

Nun, Ihr werdet jetzt einsehen, daß diese Männer keine Freunde der arbeitenden Jugend, sondern ihre Feinde sind. Und wenn Ihr das erkannt habt, dann werdet Ihr schon von selbst ihnen die Gefolgschaft versagen.

Aber höret weiter. Diese „Freunde" der Jugend wollen an ihrer „Jugendliebe" auch noch ein Geschäft machen. Jeder junge Arbeiter, der an dem Turnfest teilnehmen wollte, mußte den Betrag von 40 Mark für Abzeichen, Festprogramm und Eintritt bezahlen.

Da werdet Ihr verwundert fragen: Ja, wie ist es denn da aber möglich, daß junge Arbeiter an so einem Feste mit teilnehmen?

Die Antwort ist leicht. Viele Arbeiter sind unaufgeklärt. Sie wissen nicht, daß es ihre Feinde sind, die unter dem Deckmantel der Jugendliebe zu ihnen kommen, wissen nicht, daß sie diesen Feinden noch Geld in den Rachen werfen.

Deshalb klärt sie auf! Zeigt Ihnen, wer die wahren Freunde der proletarischen Jugend sind! Oeffnet ihnen die Augen, was sie als junge Arbeiter zu tun haben. Führt sie in die Kommunistische Jugend ein!

Fritz.

Aus der Bewegung.

Zwei Sitzungen.

Gelegentlich des Jugendtages der Kommunistischen Jugend des Kreises Waldenburg, der am Sonntag, den 16. Juli, in Freiburg stattfand, wurden zwei Sitzungen abgehalten, deren Beschlüsse für unsere Organisation von größter Wichtigkeit sind.

Gegen 9 Uhr nachmittags fand eine

Bezirksausschußsitzung

statt, an der die in Freiburg anwesenden Mitglieder der Bezirksleitung sowie die Bezirksausschußmitglieder sämtlicher Kreise teilnahmen. Der Ausschuß beschäftigte sich zuerst mit einem Antrag der Bezirksleitung, das Gebiet um die Ortsgruppen Langenbielau-Peterswaldau vom Kreis Waldenburg loszulösen und einen neuen Kreis zu schaffen. Die Bezirksleitung stützte sich in ihrem Antrag darauf, daß die weite Entfernung des genannten Gebietes vom Kreisvorort, Waldenburg ein gutes Arbeiten erschwert. Der Bezirksausschuß nahm den Antrag der Bezirksleitung an. Es wurde den Ortsgruppen in dem nunmehr neu geschaffenen Kreise Langenbielau-Peterswaldau anheimgestellt, eine aus fünf Mitgliedern bestehende Kreisleitung zu wählen. Sitz des Kreisleiters soll Peterswaldau sein.

Sodann nahm der Bezirksausschuß Stellung zum Internationalen Jugendtag am 8. September. Es wurde einstimmig beschlossen, den Jugendtag im Riesengebirge abzuhalten. Ferner wurde beschlossen, daß an der Ausgestaltung des Jugendtages alle Ortsgruppen mithelfen sollen. Die Vorbereitungen des Jugendtages liegen — soweit sie nicht rein lokale Angelegenheiten im Hirschberger Kreise betreffen — in den Händen der Bezirksleitung. Wir geben die Beschlüsse unten in einer Bekanntmachung der Bezirksleitung den Ortsgruppen zur Kenntnis.

Anschließend an die Sitzung des Bezirksausschusses fand eine

Vorständekonferenz

statt, an welcher der Bezirksausschuß und die Vorsitzenden der zum Jugendtag anwesenden Ortsgruppen teilnahmen. In dieser Konferenz wurden die soeben gefaßten Beschlüsse betreffs des Internationalen Jugendtages und deren praktische Durchführung mit den Ortsgruppenleitern durchgesprochen. Die Ortsgruppen brachten übereinstimmend zum Ausdruck, daß der Vorschlag der Bezirksleitung und nunmehr des Bezirksausschusses, die Arbeiten des Jugendtages allen Ortsgruppen zu übertragen, annehmbar und erfolgversprechend sei. Die Ortsgruppenleiter erklärten ferner namens ihrer Ortsgruppe, daß alle Ortsgruppen bereit und in der Lage sind, am Jugendtag mitzuwirken.

Die Bezirksleitung brachte noch zum Ausdruck, daß die Genossen und Genossinnen die vor dem Jugendtag stattfindende rote Woche agitatorisch gut ausnützen müssen. Auch muß von den Ortsgruppen dazu beigetragen werden, daß die Kosten des Jugendtages durch Sammlungen der Ortsgruppen aufgebracht werden.

Die Konferenz der Vorstände zeigte den festen Willen der Ortsgruppen, rege Propaganda für den Jugendtag zu betreiben und das beste zu seiner Ausgestaltung herzugeben.

Zum internationalen Jugendtag.

Jugendgenossen! Jugendgenossinnen!

Unser internationaler Jugendtag findet dieses Jahr am 8. September im Riesengebirge statt. Mit aller Kraft müssen jetzt die Vorarbeiten begonnen werden. Die am Sonntag tagende Bezirksausschußsitzung hat beschlossen, die Ausgestaltung des Jugendtages in die Hände der Gesamtorganisation zu legen. Jede Ortsgruppe soll zum Jugendtag etwas beitragen, sei es Rezitationen, Gesänge, Mandolinenkonzerte, Theatervorführungen oder sonst etwas. Damit die Bezirksleitung das Programm zum Jugendtag zusammenstellen kann und einen Ueberblick gewinnt, was die Ortsgruppen beitragen werden, verpflichtet sie alle Ortsgruppen,

bis zum 25. Juli d. J.

der Bezirksleitung mitzuteilen, was die Ortsgruppen aufführen wollen. Wir werden dann aus den Mitteilungen der Ortsgruppen ein Programm zusammenstellen und dasselbe im Jung-Prolet veröffentlichen.

Diejenigen Ortsgruppen, welche diese Mitteilung bis zum 25. Juli versäumen, verwirken das Recht, irgendwie an der Ausgestaltung des Jugendtages mitwirken zu dürfen.

Die Gruppen, die wohl Kräfte zur Mitwirkung haben, denen es aber an Material fehlt, fordern wir auf, der Bezirksleitung